

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Wilhelmstr. 114, II. Telefon: Augustus 3334 u. 3335.
Nachredaktion: Mitterstraße 61 (Keller).

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Übersichtspreis monatlich 1.00 M.
Tagespreis: die 7 gespaltene Monatsseite 70 Pf.
Kleine Anzeigen Übersichtsseite 80 Pf., jede weitere Seite 10 Pf.

Die Richter und die Regierung.

Die von den Mitgliedern des Vollzugs- und Zentralkreises Wegmann, Kusch und Struve veröffentlichten Dokumente in Verbindung mit unserem Material beweisen:

Die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs sind seit dem Mordtage bekannt.

Alle Bemühungen der Mitglieder des Vollzugs- und Zentralkreises, damit die Täter festgestellt würden, sind in dem eisernen Widerstand des Gerichts gescheitert.

Fünf Tage nach dem Mord war noch keiner der Beschuldigten vom Gericht vernommen.

Mehr als zwei Wochen nach dem Mordtage war noch gegen keinen der Mörder Haftbefehl ergangen.

Heute, vier Wochen nach dem Mordtage, liegt nur ein Haftbefehl gegen einen der Mörder vor — nachdem ihm Zeit gelassen worden ist, zu verschwinden.

Die Regierung, die das alles weiß, der die Tatsachen von den Mitgliedern des Vollzugs- und Zentralkreises vorgetragen wurden, räbt keinen Finger.

Sie läßt das Verfahren immer wieder stottern.

Sie erklärt, sie „könne“ nicht in ein „schwebendes Verfahren“ eingreifen.

Die regierenden Elter der Gerechtigkeit kennen kein Gesetz, wenn es gilt, in offenem Kampf gesangene Revolutionäre vor der aufgestachelten Wut ihrer Soldner zu schützen.

Sie hätten jeden Buchstaben der Gesetze Wilhelms von Hohenzollern, wenn es gilt, eine weltgeschichtliche Mordtat zu vertuschen, die Täter und ihre Komplizen entkommen zu lassen.

Die Regierung, sammelt der „Vorwärts“, ist die Gefangene der Geschicklichkeit.

Die Regierung Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissel ist die Gefangene ihrer weißen Garde und ihres schnöbeindeten Gewissens.

Die Mörder, die mit dem Kolben schlugen und erschossen, die Offiziere, die sie anbaten und deckten, das Gericht, das sie alle deckt, bis zur Regierung, die Täter. Unstrifft und Sieger des Verbrechens verbindet eine eiserne Kette der Schnüre an diesem Weltverbrechen.

Schon jetzt stehen sie aneinandergekettet vor den Augen einer Welt, die morgen sie vor ihren Richterstuhl zwingen wird.

Verhaftung des Roten Soldatenbundes.

Die Reinhards-Garde führt Krieg. Die Spartakisten kommen nicht mit dem heikelschen Wuts, also schafft man selber die Gelegenheit zum Arbeitseinsatz. Arbeitslos und Kommunisten sind freiwild. Sie werden befehlt mit Maschinengewehren und Flammenwerfern. Zur Verhaftung Rebels zieht man aus wie zur Belagerung einer Festung mit Artilleriekanonen. Um Sonnabend sollte die Zeitung des Roten Soldatenbundes in der Wehrstraße verhaftet werden. Die Streitmacht steht von der Rätezeit ab: Rote Postwagen beschmiert mit Zwischenengewehren. 600 bis 700 Wehrhaften mit Stahlhelm, Gewehr und Handgranaten. Nach der Wehrstraße schwärmen die Sämt ab, Zentrale treten tauschen hoch. Drahthaverse sperrten die Straßen ab. Schreien, Toben, Strafen frei! Es wird geschossen! Ein alter Mann kommt daher: „Hände hoch!“ Röpisch. Tot. Die tobende Masse zieht unter Führung von Offizieren in Leders Kleidern ein. 80 Mitläufer des Roten Soldatenbundes werden verhaftet, die „Abelskinder“ werben in Fesseln angeschlagen, die Verhafteten auf den Automobilen verfrachtet. Fort geht es, ein Lastauto groß mit Munition hinterdrein. Die Drahthaverse bleiben sitzen. Die Häuser werden abgerichtet. Abzug der Sieger unter Gefangenen. Heil dir, freies Deutschland! Die „Austrüher“ und „Gehirnhändler“ werden im Sturm überwältigt. Versammlungsrecht? Wurrip! sagt der Leutnant von der Garde!

Die Kämpfe in Kürnbach.

Kürnbach, 16. Februar. (W. T. B.) Nach Abschluß der gezieligen Demonstration von Soldaten der Garnison Kürnbach gegen das Verbleiben Reichskapitels in seinem Amt saßen im Laufe des Nachmittags an verbliebenen Stellen der inneren Stadt Anhängerinnen von Menschenmassen statt, wobei Reden gehalten und die Vorgänge der letzten Stunden erörtert wurden. Allgemein ist unter den Soldaten die Zustimmung gegen die Auszugsabschließungen Reichskapitels über die Neuorganisation der heimischen Armee. Gestern, Sonntag vor, wollte, zeigte die Gegenseite ernst ein. Auf dem Egidienplatz fand eine Versammlung unter freiem Himmel ab. Es sei gegen die sozialistische weiße Garde und die Minister Reichskapitels und Kürnbach statt, wobei eine Resolution angenommen wurde, die sich mit diesem Thema befaßte. Nach Schluß der Versammlung gegen die Demonstranten durch das Reichskapitel. Es war Demonstrationstag der Demokratie.

Gaserne, jetzt Gebäude des Generalkommandos des 8. bayerischen Armeekorps, passierte, fielen angeblich einige Schüsse in die Menge, wodurch — wie verlautet — zwei Soldaten getötet und vier verletzt wurden. Nach einer Version sollen fünf Soldaten getötet worden sein. Die Menge hätte das Generalkommando. Über dem Eingangstor hängt seitdem ein Plakat mit der Aufschrift: Besitz von den Spartakisten und Unabhängigen. Die Jester des Generalkommandos im ersten Stock sind mit Maschinengewehren besetzt und und Bücher zum Schutz der Bedienungsmaennchen ausgezeichnet. Der die Straße und den Platz vor dem Generalkommando-Gebäude beherrschende weiße Turm erhält gleichfalls Besitzung mit Maschinengewehren. Die Straßen am Generalkommando sind mit Wachtosten besetzt, die zunächst damit beschäftigt sind, den Verkehr aufrecht zu erhalten, der infolge Ansammlung von Neugierigen sich nur schwerfällig vollzieht. Auch in der Karolinenstraße, woselbst die dort befindlichen Telefon- und Telegraphenämter ebenfalls vor der Roten Garde besetzt sind, werden Absperrmassnahmen getroffen. Soldaten mit gespalteten, aber ungesicherten Gewehren, ebenso Abteilungen mit Maschinengewehren, die nach den mitgesicherten Holzkästen zu schließen, reichlich mit Munition versehen sind, durchqueren die Straßen um an den ihnen zugewiesenen Posten Auffassung zu nehmen. Hier und da rattern große Lastautos durch die Straßen, auf denen Maschinengewehre aufgebaut sind. Vereinzelt erblickt man auch Handgranaten in den Händen der Soldaten. Bei der Einführung des Generalkommandos wurde von Handgranaten Gebrauch gemacht. Auch der „Frankische Krieger“ (Organ der Deutschen Demokratischen Partei) und die „Frankische Tagesspost“ (Organ der Mehrheitssozialisten) sind mit Druckungen und Blättern mit Maschinengewehren versehen worden. Der gesamte Traktverkehr innerhalb der Stadt wie auch nach außen halb war bis 4 Uhr nachmittags stillgelegt. Der Zugverkehr sowie der Verkehr am Hauptbahnhof geht seinen normalen Gang. Die schon seit Beginn der Revolution tätige Sicherheitswache, welche aus Hälse und Mehrheitssozialisten und zur anderen Hälften aus Unabhängigen gebildet ist, verhält sich wie der Dienst, ebenso wie auf dem beschützten Hauptbahnhof. Wie lange der jetzige Zustand noch andauern wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Im Generalkommando sind den beiden drei sozialdemokratischen Gruppen noch Verhandlungen statt.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen unter Protest.

Weimar, den 16. Februar. Die Reichsregierung hat an den Reichsminister Erzberger, Waffenstillstandskommission in Trier, folgende Mitteilung gerichtet:

Bitte Blättern unterzeichnen, aber vorher Worschaf hoch stehende schriftliche Erklärung übergeben: (Die Erklärung ist nicht von Belang.)

Münchener Karneval.

München, 16. Februar. (T. U.) Die Siegertage, die infolge des Ansturms des Rätelongresses gegen Minister Rosshaupter wegen der Volkswehr entstanden waren, dürfen als gelöst betrachtet werden. In der bis Sonntag früh 1 Uhr dauernden Nachstürzung des Rätelongresses betonte Eisner, es handle sich nicht darum, Rosshaupter zu töten, sondern darum, Rosshaupter, Auer und Timm, die immer wieder gehen wollten, im Interesse der Sozialen zu halten. Wenn Rosshaupter gestorben, dann müssen alle anderen Minister abtreten, die sich mit ihm in der Volkswohlfahrt solidarisch erklären und dann diese vom ganzen Ministerium führen müssen. Es wurde schließlich ein Antrag des Landessoldatenrates angenommen, daß dem Militärdienst Rosshaupter das Vertrauen wieder geschenkt werde.

Revolutionsschläge in Rumänien.

Budapest, 16. Februar. Der aus Rumänien zurückgekehrte Sonderberichterstatter des Budapester Wochblattes meldet: Die imperialistische Politik des Kabinetts Bratianu hat vollenends die Bedingungen der Revolution geschaffen. Die rumänische Regierung hat die Jahre 1893—1918 wieder unter die Füße geworfen, doch widersteht sie ein großer Teil der Einberufenen dem Beschluß. In Iassy gelang es, etwa 60 000 Mann zu konzentrieren, doch verweigerten diese Soldaten den Beschluß, sobald sie erschossen haben, daß sie wieder in den Kampf ziehen sollten. Am 23. Januar fanden in Bukarest erste Demonstrationen statt, und das Militär das gegen die demonstrierten Arbeiter kommandiert wurde, bevorzugte hier den Scherfum. Nur ein Jägerbataillon gebrauchte die Waffen und Maschinengewehre gegen die Arbeiterschaft. Der Kampf, der sich am Calea Victoriei abspielte, hatte ca. 60 Tote und 120 Verwundete zur Folge. Die Führer der Arbeiterschaft wurden verhaftet und nach Bukarest gebracht, wo sämtliche politischen Gefangenen festgehalten wurden. Am 26. Januar fanden wieder Demonstrationen statt, die eine derartige Stimmung erzeugten, daß das Königshaus Bukarest verlassen und ins Auto nach Tokio reichen wollte. Die Arbeiterschaft verließ jedoch den Weg und zwang das Königsparat, zurückzufahren. Am Abend veranstaltete die Arbeiterschaft eine Demonstration vor dem Königlichen Palais. Die Polizei zog mit den Waffen gegen die Demonstranten, mehrere Schüsse wurden abgefeuert, einige Fenster des Palais wurden zerstört, und eine Kugel traf den König Ferdinand am Gesicht. Der König wurde leicht verletzt.

Ihre Rechnung.

Die Nationalversammlung ist an dem Punkt angelangt, wo keine Gläser, kein Bemanneln, kein Ausweichen mehr hilft bei den Finanzen. An diesem Prüfstein muß sich ihr sozialer Charakter, muß sich ihre Rolle innerhalb der Revolution offenbaren in Gestalt von Zahlen und Tatsachen. Hier muß sich ihr innerstes Geheimnis enthüllen und die Rune ihres politischen Charakters in einfache, nüchterne, allen verständliche Zeichen auflösen.

Der Mann, dem die Bourgeoisie in dem sozialistisch-demokratischen Ministerium die Wacht über ihre Geldschranken anvertraut hat, der Reichsminister des Reichsschatzamts Schiffer, mußte dieses Geheimnis aussprechen, sobald er den Mund aufstet. Am 15. Februar legte er der Nationalversammlung die Forderung eines neuen Kredits in Höhe von 25 Milliarden vor und siehe da, feierlich-trocken das Geheimnis dieser Regierung und dieser Nationalversammlung enttrüftet:

Davon, daß die Kriegsanleihen annulliert, die Sparzettel und Bankaufnahmen beschlaagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme, die die aröste Rechtsverletzung wäre, die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt; wir wollen doch auf dem Boden des Rechtsstaates bleiben.

Die Erklärung besagt: Friedrich Eberts Republik übernimmt, anerkennt die Schuldenrechnung, die Wilhelm-Hohenzollerns Reich gemacht hat. Die Regierung und die Nationalversammlung der sozialistischen Republik stehen auf demselben Boden wie die Kaiserliche Regierung und der Reichstag: auf dem Boden der sozialistischen Wirtschaft. Das Recht des Kapitals auf seine Zinsen ist unvereinbar. Das Geheimnis der Nationalversammlung, ihr sozialer Charakter und ihre politische Rolle ist entsiegelt. Es ist der kapitalistische Profit.

Die proletarischen Massen, die am 9. November der Kapitalherrschaft einen tödlichen Schlag versetzt zu haben glauben, müssen jetzt sehen, daß sie einen Schlag in die Lust geführt haben. Der Gegner, den sie niedergeworfen glaubten, ist am 19. Januar wieder auf die Beine gekommen und er präsentiert ihnen jetzt die Rechnung von 4 Kriegsjahren, die Rechnung des geschlagenen und bankrotten deutschen Imperialismus.

Die Frage der Kriegsschulden ist keine Frage der Steuer- oder Finanztechnik, sie rollt in vollem Umfang die Grundfrage der Revolution auf: Kapitalismus oder Sozialismus, bürgerliche Reform oder proletarische Revolution. Da ist kein Kompromiß, kein Feilschen, kein Handeln möglich. Bleibt Deutschland ein Staat des kapitalistischen Rechts, so bleiben die Kriegsschulden; schreitet die Revolution weiter zum Sturz des Kapitalismus, so fallen mit dem Kapital die Schuldforderungen des Kapitals, so fallen die Kriegsschulden. Bürgerliche Revolutionen, wie die große französische Revolution, wie die Revolutionen von 1848, haben regelmäßig die Staatschulden des gestürzten Regimes, der absoluten oder bürgerlichen Monarchen anerkannt. Sehr natürlich: die Bourgeoisie war in allen diesen Revolutionen die Gläubigerin der absoluten Monarchie und beide standen auf demselben Boden des bürgerlichen Eigentums.

Das erste Wort proletarischer Revolutionen dagegen muß die Annulierung der Staatschulden des gestürzten bürgerlichen Regimes sein. Die Klasse, die mit der kapitalistischen Ausbeutung für die Gegenwart und für die Zukunft arbeitet, sie muß auch aufräumen mit den Ansprüchen, die aus kapitalistischer Ausbeutung der Vergangenheit entstanden sind. Der radikale Bruch mit der Gesellschafts- und Produktionsform der Vergangenheit muß beginnen mit der Abschaffung der kapitalistischen Schulden.

Kein Zweifel, die Annulierung der Kriegsschulden bedeutet den grundsätzlichen Bruch mit der Kapitalherrschaft; sie bedeutet zwar nicht den Untergang des Reiches, wie der Vertrauensmann der Bourgeoisie in seiner tödlichen Angst um das Kapital faselt, sondern seine Rettung, wohl aber den Untergang des Reiches, der Macht und der Herrlichkeit des Kapitals. Sie ist der Anfang vom Ende und datum will sie das revolutionäre Proletariat.

Aber die Annulierung der Kriegsschulden ist längst nicht mehr eine Sache, die das Proletariat wollen oder nicht wollen kann; sie steht unter dem Zwang des ehemaligen Musses.

Zum ungeheuren Schuldentlastung des Krieges auf dem Platz steht die Staatswirtschaft, steht die kapitalistische

Produktion überhaupt am Ende ihres Latzins. Sie ist Bankerott im strengsten ökonomischen Sinn. Aber diesen Bankerott zu vollziehen, ist der Bourgeoisie eine Unmöglichkeit: ließe es doch auf den Selbstmord hinaus. Sie kann nicht mehr leben und sie kann nicht von eigener Hand sterben. Die Vollziehung des Bankerotts des Kapitalismus ist Sache des revolutionären Proletariats. Es muss dieses Werk verrichten, wenn es nicht unter dem zusammenstürzenden Bau der Kapitalherrschaft zermalmt werden will.

Die Kriegsschulden des Reiches haben nach der Angabe Schiffers die ungeheure Höhe von 161 Milliarden Mark erreicht.

Das bedeutet zweierlei.

Erstens, daß Gebrauchswerte in dieser Höhe vernichtet worden sind. Rohstoffe, Lebensmittel, Arbeitsmittel, industrielle Erzeugnisse in unschabaren Mengen sind zerstört worden. Um materielle Werte in diesem Betrage ist die deutsche Wirtschaft ärmer geworden.

Zweitens aber bedeutet die Höhe der Kriegsschulden:

So viele auf den Schlachtfeldern verwesende Leichen, so viele bleichende Knaben, so viele abgeschossene Arme und Beine, so viel an Entfernung und Überarbeit in der Heimat gestorbene Kinder und Alte, Männer und Weiber haben dem Kapital und dem Grundbesitz so viele Milliarden Profit geliefert. Und weil sie dem Proletariat und der übrigen werktätigen Bevölkerung während dieser vier Jahre das Mark aus den Knochen saugten, deshalb haben sie, nach kapitalistischen Rechtsbegriffen, den Anspruch, daß sie für ein halbes Dutzend Generationen dasselbe tun dürfen.

Die vernichteten Werte im Betrag von 161 Milliarden Mark haben sich verändert in den Anspruch des Kapitals auf einen dauernden Schuldtribut in der Höhe der Zinsen dieser Summe.

Das Kapital wird von der Wissenschaft bezeichnet als angehäufte Arbeit. Das Kapital, das die Kriegsschuld vorstellt, ist die tatsächliche Arbeit: es ist das Gespenst, das durch den Krieg zerstörten Arbeitswerte, das als Vampir den Überlebenden das Blut aus den Adern saugt. Die Arbeiterklasse wird dieses Gespenst erdrosseln, oder sie wird von ihm erdrosselt werden.

Hier einige Zahlen und Tatsachen aus den Angaben Schiffers. Der Minister versprach zu Beginn seiner Rede, "die Kästen und Bücher offen auszulegen wie ein schwächer, anständiger, rechter Kaufmann". (Dieses Rotwälz des Kontors ist bezeichnend für den Mann.) In Wirklichkeit sind seine Angaben weder so präzis, noch so vollständig, wie es gefordert werden muß.

Die Gesamtsumme der effektiven Kriegsausgaben des Reiches beträgt nach seinen Angaben rund 161 Milliarden Mark, die Zusammensetzung dieser Summe interessiert uns hier nicht weiter.

Den Steuerbedarf des Reiches gibt der Finanzminister "Schätzungsweise" an auf 14 Milliarden, den von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf 19 Milliarden Mark. Warum hier Schätzung statt genaue Zahlen? Der Minister hatte Zeit und Unterlagen, um hier präzise Angaben zu machen. Er unterlässt es, weil seine "Offenheit" beschränkt ist durch den Zweck: den absoluten Bankerott der Staatswirtschaft zu verschleiern. Riesenhafte wie diese Schätzungsweisen Angaben sind, so bleiben sie noch weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Die Verzinsung der Kriegsschulden des Reichs erfordert allein 8,5 Milliarden Mark jährlich, die Tilgung mit 1 Prozent jährlich 1,6 Milliarden Mark, die Renten der Hinterbliebenen und Invaliden über 3 Milliarden, das wären allein schon über 13 Milliarden Mark. Für die übrigen Erfordernisse des Reichs reicht aber eine Milliarde bei weitem nicht aus. Ebenso ist der Jahresaufwand der Einzelstaaten und Gemeinden mit 6 Milliarden Mark weit unterschätzt. Aber nehmen wir nur rund 20 Milliarden als Gesamtbetrag: so ist dies rund zwei Drittel des gesamten nationalen Einkommens.

Die Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden allein erfordert rund 10 Milliarden Mark, das fünffache des durchschnittlichen Friedensbedarfs des Reichs, ein volles Drittel des nationalen Einkommens.

Das ist der tatsächliche Bankerott. Welches Mittel hat die bürgerliche Finanzkunst dagegen? Sie ist am Ende des Latzins. Ihr Adept Schiffer fragt am Ende seiner Rede: "Ist es denn überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Note jemals Herr werden?" Und er antwortet mit einem Achselzucken: "Eine endgültige Antwort kann darüber niemand abgeben. — Es bedarf nicht allein der Steuertechnik und der Finanzwirtschaft, sondern vor allem einer sozialen Erneuerung." Die Moralpredigt beginnt, wo der wirtschaftliche Verstand ausgeht.

Eine Antwort ist weder "Steuertechnik noch Finanzwirtschaft", weder bürgerliche noch "sozialistische" Steuereformen hinzu zu geben, einfach weil keine kapitalistische Lösung dieses Knotens mehr möglich ist. Ihn kann nur das Schwert noch durchschauen, die Annulierung der Kriegsschulden und der Neuauflauf der Wirtschaft auf dem Grunde des Sozialismus.

Die Forderung der Annulierung ist eine gegen das Kapital gerichtete Waffe. Sie ist das Schwert, das die zu erkämpfende sozialistische Wirtschaft aus den Gangern des verhindrenden Kapitalolyps befreit. Sie rückt sich nicht gegen die nicht kapitalistischen Anleihenzulerner, die Arbeiter, Kleinbauern, Kleinkaufleute usw. Sie erhalten den Befrag ihrer Zeichnungen zurück. Das Programm der Kommunistischen Partei bestimmt ausdrücklich:

Annulierung der Staats- und anderen öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen bis zu einer bestimmten Höhe, die

durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen sind.

Nicht nur den Proletarien, auch den Kleinbauern, Kleinbürgern usw. droht die wirtschaftliche Endroßierung, wenn die von der Regierung und der Nationalversammlung präsentierte Rechnung des bankrotten Imperialismus von den Opfern des Imperialismus beglichen werden soll — und letzten Endes werden sie es sein müssen, die die Steuern zu tragen haben, mögen sie direkt, mögen sie indirekt, mögen sie in Form von Industrie- und Handelsmonopolen des Reichs auferlegt werden.

Gilt sie alle, gibt es nur einen Weg: daß diese Rechnung zerrissen wird und daß die Regierung und die Nationalversammlung des Kapitals Platz macht der Diktatur des Proletariats.

Politische Übersicht.

Haase und Noske.

Die Reden, die Haase bisher in Berlin gehalten hat, die hält er nun in Weimar. Am Sonnabend wäre Gelegenheit gewesen, Generalabrechnung mit der Nationalversammlung abzuhalten. Was Haase vorbrachte, war ein Sammelstrüm vom Anklagen gegen Gewalt, gegen Ungerechtigkeit der Scheidemänner, dem jeder prinzipielle Untergang, dem jede praktische Spitze schlägt.

Es ist bezeichnend, daß Haase gegen die Forderung der Regierung an die Nation (und sicher auch die der Nationalversammlung), die Kriegsostenrechnung zu begleichen, die der Imperialismus gemacht hat, ohne jeden grundlegenden Einwand ließ.

Haase forderte die Männer stärker für die, die sich im höheren revolutionären Leidenschaft gegen das Strafgesetz verfangen hätten. Die Forderung wie die Begründung ist eine Befreiung der revolutionären Kämpfer.

Für die auswärtige Politik ist das Konzept Haases dasselebe, das im Kriege so jämmerlich Schiffbruch gelitten: "Verständigung

Schande.

Zwei Gerichte arbeiten in Berlin.

Das eine im Ebenhotel, das andere in Moabit.

Das eine gegen Offiziere und Weißgardisten, das andere gegen Arbeiter.

Das eine gegen Morbusen, das andere gegen die Verteidiger der Revolution.

Das eine lädt überschwemmte Märkte rechtzeitig entkommen, ehe es Strafbefehle erlässt. Das andere wirft die Arbeiter in den Kerker, bewacht sie durch ihre Freunde, legt sie in Zellen, stellt vor dem Gerichtsgebäude Soldaten mit Stahlhelm und Handgranaten auf, ermordet die Treppenangänge mit schußfertigen Maschinengewehren und waffsicheren Handgranaten, füllt das Gerichtsgebäude mit Offizieren mit Gewehr.

Das eine lehnt Strafbefehle gegen bringend Verdächtige ab. Das andere arbeitet, in Schweiz gebadet. Es hagelt Strafen: Monate, Jahre Gefängnis. Das gegen die kleinen Sünder. Die "Räbelführer" und die Zuchthausstrafen kommen noch dran.

Wir haben seit vier Monaten Revolution. Das alte System ist zusammengebrochen. Der Militarismus hat eine Katastrophe erlitten. Im Ebenhotel sitzt ein Offiziergericht. In Moabit arbeitet die alte Klassenjustiz und sie rechnet die Strafen der alten Militärjustiz wegen Entfernung vom Heere und Widerstand gegen Vorgesetzte als straffährend an.

Wir haben seit vier Monaten Revolution. Wir haben eine sozialistische Regierung. Und die Gegenrevolution sitzt zu Gericht im Ebenhotel und in Moabit.

gung" unter den kapitalistischen Regierungen. Versöhnung mit Polen, Versöhnung mit Flügeln, Versöhnung mit aller Welt, Versöhnung zwischen Himmel und Hölle.

Man weiß nicht, was man an dieser Haltung mehr bewundern soll, den Mut zur Freiheit oder die intellektuelle Kreativität, in der die härtesten Gegenseite, die größten Widerprüche leicht einanderließen.

Das ist kein Revolutionär, der der Versammlung der Gegenrevolution den Handschuh ins Gesicht schlägt, es ist der Vandal, der mit ihr marstet, der Mann, der die richtige Mitte sucht zwischen Revolution und Gegenrevolution.

"General" Noske antwortete, wie dies irgend ein preußischer Kriegsminister auch getan hätte, so supide und so brutal. Was sich ihm widerstellt, das gerichtet er.

Hier einige der Eisblüten, die den Mann charakterisieren:

"Das Kabinett hat beschlossen, daß Eiserne Kreuze und Rose Kreuzmedaillen wieder verliehen werden sollen, besonders auch an die zurückkehrenden Gefangenengen."

"Unser wertvollster Bestand an Wehrmacht sind heute die Verbände der Freiwilligen. Es ist nicht wahr, daß sie der Konterrevolution dienen. Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland eine 'Weiße Garde' gibt. Wir wollen den Männern Gott, die bewußte Band schützen und die Errungenheiten der Freiheit vertheidigen."

"Dieser Tage hat der Korpssoldatenrat des 7. Armeekorps Sezess angewendet und jede Kommandowelt abgesetzt. Es regiert jeder Soldatenrat in seinem Lande, wie es ihm paßt. Das bedeutet die Militarisierung und Zersetzung des Reiches. Selbstverständlich ist gegen die Mäte sofort eingegriffen worden."

"In Bayern ist eine öffentliche Warnung ergangen, Freiwillige für den Grenzschutz zu werben. Diese vornehme Unmögkung wird nur übertrifft durch eine politisch wie wirtschaftlich gleich große Einsichtlosigkeit."

"Im Fall Liebnecht ist das Reichsverschafren im Conge und jede festgestellte Schuld wird nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden."

Sie bedauert jedes Menschenleben, aber wenn ich vor die Wahl gestellt werde, ob um einiger Tollköpfe willen das Schatz-Hunderttausender auf Spiel gesetzt werden soll, dann muß ungespielt werden. (Sturmischer Beifall.) Ich stehe mit gutem Gewissen und mit schwerem Ginge."

Herr Schirkeffs: "Ich hoffe, daß ich nicht ohne Wirkung bleibe auf die, die die Regierung verspüren, auf den Berliner Straßen mit Machthabergewöhnen spazieren zu gehen."

Der Mann charakterisiert sich hinlänglich selbst sowohl durch das, was er sagt, als durch die Art, wie er es sagt. Der Bruder der Gegenrevolution.

Über hier einige Tatsachen, die Noske feststellte und die alle Wahrscheinlichkeit für sich haben:

1. "In einer Novemberzeitung der Regierung hat Rauch sich vorgelesen, die Beziehungen zur bolchevistischen Regierung nicht wieder anzuschreien, weil man sich dadurch bei der Entente noch mäßiger möge. Dem hat Haase zugestimmt."

Es wäre Schande genug, daß sie nicht öffentlich protestiert haben; daß sie selber zugestimmt haben, nagebt diese Sorte Revolutionäre an den Pranger.

2. "Als der Berliner Volkszugrat die Sowjetregierung zum Ratskongress einlud, hat das Kabinett, dem außer Haase noch zwei andere Unabhängige angehörten, mit fünf gegen eine Stimme beschlossen, die Sowjet zu hindern."

In Zukunft werden diese Herrschaften den Mund zu halten haben von ihren freundschaftlichen Gefühlen für die russische Revolution.

Die revolutionären Arbeiter aber, die noch der U. S. S. angehören, mögen urteilen, welchen Helden sie sich anvertraut haben.

Die Antwort für Ebert.

Die Trotski-Geste Friedrich Eberts, die Friedensverhandlungen zu verlassen, wenn zu harte Bedingungen gestellt würden, und die langen Proteste Erzbergers in Trier sind am Sonnabend abends den Marschall Vogt durch einen Brief an die deutsche Delegation kurz und bündig so beantwortet worden:

"Der Text des Abkommens, der Ihnen gestern übermittelt wurde, ist von den verbündeten und assoziierten Regierungsschefs festgelegt worden. Ich kann ihn weder ändern noch erweitern."

Auf die Forderung der Ebert-Regierung, die Zeit zu Verhandlungen zu verlängern, läuft noch an:

Der Waffenstillstand läuft am 17. Februar morgens 5 Uhr ab. Die letzte Stunde also, um eine neue Verlängerung zu unterzeichnen, ist 6 Uhr nachmittags am 18. Februar, damit Zeit bleibt, den Truppen die Befehle zu übermitteln. Wenn zu dieser letzten Stunde des Abkommens nicht unterzeichnet ist, bin ich genötigt, Trier zu verlassen, und der Waffenstillstand wird am 17. Februar, morgens 5 Uhr, nicht mehr in Kraft sein."

Die neuen Bedingungen sind: die Demarkationslinie gegen Polen, die die deutschen Truppen nicht überschreiten dürfen, Ausdehnung des Schiffahrtsabkommens auf die in den nächsten sechs Monaten fertiggestellten Schiffe, Verlängerung des Waffenstillstandes auf unbestimmte Zeit mit dreitägiger Kündigungsfrist.

Neher die Lebensmittelversorgungen ist noch nichts bestimmt. Sie sind unzureichend wie demontiert die Sprühen.

Die Ebert und Erzberger sind wieder kleinlaut geworden. Ihre schlimme Spekulation auf die Generalsätze prüfen den Ententeerfolgen ist ins Wasser gesunken.

Zu hoffen aber für diese Taktik, die die Ententeerfolgen bald anwaltet, bald ansetzt, hat das deutsche Proletariat.

Der "verdeckte" Spartakusputsch.

Großer Jubel herrscht in der ganzen Regierungspresse über den schneidigen Feldzug gegen die Weberstrafe. Sie tritt die Züge breit, der rote Soldatenkumpf habe in seiner Sitzung einen Rutsch für den Sonntag vorbereitet. Durch die Verhaftung seiner Leiter sei er verhindert worden. Ihre Souffleure aus der Regierung wissen sehr gut, daß revolutionäre Volksbewegungen nicht von Garnisonquartieren aus gemacht werden. Wett sie müssen den Volkssturm ihrer Prätorianer lassen. Zumal suchen sie jetzt weiter die Stimmung zu halten, und wenn Schmid nun die Musik dazu machen. Die "Nationalzeitung" jubiliert:

"Um alle Gewalt der Spartakisten zu brechen im Keime zu ersticken und dunkle Elemente, die überall bei solchen Unruhen gleich zur Stelle sind, abschrecken, waren heute hauptsächlich in dem nordwestlichen Teil von Berlin, in dem bekanntlich das Adelbergende Untersuchungsgesängnis liegt, die Patrouillen verstärkt und schwerer bewaffnet. Statt wie gewöhnlich eine Handgranate trugen die mit Attentat bestellten Soldaten drei Handgranaten am Gürtel. Dieser verdeckte Schuß hat bis jetzt seine Wirkung, wie schon bemerkte, nicht versiegt. Ungefehr des schönen Vormittagswetters sah man nur Spaziergänger in dichten Scharen durch die Straßen und insbesondere unter den Linden sich ergehen, wo sie mit schlimmstem Interesse aufhorchten, als dort die Wache vom Reichskanzlerpalais nach ihrer Ablösung mit Klingendem Spiel vorüberzog."

Gemach ihr Herren! Subsist nicht zu früh. Vergebens werden ihr auf Spartakuspünktliche warten. Über eure Eisenkot wird aufzuhören und Kämpfer hundert- und tausendfältig werden erscheinen — gegen euch.

Ein Bauchschatz.

Am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr wurden am Landwehrkanal in der Nähe der Lichtensteinallee zwei Maschinengewehre der Garde-Kavallerie-Schützen-Abteilung mit schwerer Munition eingeschossen, ohne jede Abschusszählungsmarke. Das Feuer war in den Kanal gerichtet, jedoch wurde durch einen Fehlschuß ein Herr Pallo, der mit einem Freund spazieren ging, durch einen Bauchschatz schwer verletzt. Die ganze Eisbahn auf dem Neuen See, überbaut der ganze Alergarten, war gefährdet.

Die weiße Garde braucht ihr Sonntagsvergnügen. Wenn ein Menschenleben dabei zu Stunde geht, was hat das zu sagen.

Luxemburg.

Barla, 16. Februar. (Labadissendung.) Das französisch-luxemburgische Komitee hat eine Tagesordnung angenommen, in der an die alten Rechte Frankreichs erinnert und verlangt wird, daß die Bedrohung über die Regelung des Schicksals Luxemburgs bestreit.

Eberts Presse-Orchester.

Folgendes Wiss wird durch das W. T. B. verbreitet:

Der Pressechef der Reichskanzlei gestaltet sich mitzuteilen, daß ab Montag, den 17. d. Mrs., täglich 11,30 ein Empfang der Herren Pressevertreter zwecks Entgegennahme von Informationen im großen Saale des Reichskolonialamtes, Wilhelmstraße 62 L statt-

Reichstag und Freitag fällt die auf weitere dieser Sitzung aus. Als Begutachtung gilt die Zusammensetzung der Delegationsliste.

Der große Lügengespräch der Preise wird also wie unter Behmann und Hertling offiziell gestimmt werden.

Reich für Ludendorff.

Am 11. Februar, Berlin.

Wie der Vertreter der U. S. P. erfährt, wird General Ludendorff in der kommenden Woche nach Deutschland zurückkehren, um eine von ihm verfasste streng sozialistisch gehaltene Geschichte des Weltkrieges herauszugeben. Das Werk umfasst 600 Seiten.

Das Deutschland der Ober, Rosse, Scheidemann, der Schiffer und Erzberger, der weißen Garder und der Nationalversammlung ist wieder reif für Ludendorff.

Er wird nicht nur Geschichte schreiben, sondern auch wieder Geschichts machen können.

Das Blutbad unter Dresdner Weißenhäusern.

Die „sozialistische“ Regierung hat eine praktische Methode zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefunden. Sie schickt die Arbeitslosen tot. In Berlin und in Dresden sind die ersten Opfer gefallen. Neben die Vorgänge in Dresden am letzten Donnerstag haben wir bereits berichtet. Am Freitag wurden 17 Tote gezählt, außerdem etwa 40 Verwundete, darunter 21 Schwerverwundete. Unter den Verwundeten sind Frauen und Kinder. Ein amtlicher Bericht versucht die Mörder von den weißen Garder weizenzuschaffen. Er trägt den Stempel der Zigeuner der Stirn. Er behauptet, daß zuerst in die Luft geschossen worden sei und sagt dann wörtlich:

Nunmehr ließ der Führer des Maschinengewehrs etwa zehn Schuß auf die Anstürmenden abfeuern. Ebenso gab das Maschinengewehr der Elster, als es die bedrängliche Situation der Sicherheitswache voll erkannte, einige Schüsse in die Menge ab. Darauf verschwand das Feuer.

Zehn Schüsse und einige! Und 17 Tote und 40 Verwundete! So wird gelegen!

Der Dresdeners Gewerkschaftsrat gibt zu den Vorgängen folgende Darstellung:

1. Es ist in verschiedenen hiesigen Tageszeitungen die Behauptung aufgestellt worden, daß in der am 13. 2. vormittags im Circus Wirth stattfindenden Versammlung der Dresdner Gewerkschaften offiziell von Seiten des Gewerkschaftsrats zu einer Demonstration und zu einer Befreiung der beiden wegen politischer Vergehenhafteten aufgerufen worden ist. Das entspricht nicht den Tatsachen.

2. Soweit wir feststellen konnten, ist aus der Retorte am Schiedmühler Stadtgraben weder mit Armeepistolen noch mit Gewehren auf die Sicherheitswachen geschossen worden, sondern ein halbdutzigjähriger, etwa 15–16-jähriger Bursche hat aus einem der ersten Sicherheitswachten abgenommenen Gewehr einen Schuß in die Luft abgefeuert.

3. Wir stellen fest, daß die Sicherheitswachten auf dem Rücken von der Schiedmühler Straße kamen, ohne jede vorhergehende Warnung und ohne sich über die ganze Sachlage zu orientieren, das Feuer mit schweren Maschinengewehren eröffnet haben.

4. Ferner haben wir festgestellt, daß sich die Vorgänge wie folgt abgespielt haben:

Bei den Vorgängen auf der Brunnstraße, die ohne Billigung des Erwerbsrates vor sich gingen, wurde von Seiten eines Teilnehmers an der Demonstration an die Menge die Aufforderung gerichtet, nach dem Landgericht zu ziehen. Dort ist eine Abordnung in das Gebäude gegangen, um die Erfüllung des Wunsches seitens der Menge durchzusehen. Währenddessen waren einige Sicherheitswachten — circa zehn Mann — erschienen, die, da sie Menge machten, ihre Gewehre zu entfesseln, von der Menge bestimmt und entflochten wurden. Die Vorfälle mit der Beleidigung der alarmierten Autos trugen sich dann wie bereits oben geschildert ab.

Die Aufforderung an die Menge, die Demonstration vor das Landgericht nicht zu unternehmen, erfolgte sofort sogleich von Matrosen, die in tendenziös gehaltenen Verhüten als die Führer der Vorgänge gekennzeichnet werden.

Protest gegen die Justizschande.

Eine Betriebsversammlung der Fa. R. Sted & Co., Berlin-Marienfelde, beschloß am Sonnabend gegen 10 Uhrmachen folgenden Protest:

Wir Arbeiter und Arbeitnehmer nehmen mit großer Entzückung davon Kenntnis, mit welcher Brutalität im neuen republikanischen Deutschland gegen politische Gefangene vorgegangen wird, gegen einen revolutionären Kämpfer des internationalen Proletariats den russischen Volksbeauftragten Karl Radek. Die Arbeiter und Arbeitnehmer der Ruma protestieren ganz energisch gegen die neue Schmach und Schande, die man dem deutschen Proletariat damit antritt, daß man nach der jähren Flucht aus der Genossen Karl Radek und der Genossin Rosa Luxemburg schwere Eisenketten verhängt, die nach altem russischen Brauch den Gefangenen eine Strafe auferlegen, die einer sogenannten sozialistischen Regierung alle Rechte auf diesen Titel raubt. Wir fordern als Sozialisten, als Menschen die Völkerbrüderungs-Idee von den heutigen Regierungen des Deutschen Reichs, sofortige Auslieferung des Genossen Karl Radek aus den Klauen der militärischen Gewaltdeutschland keine Fesseln, selbst die der wilhelminischen Zeit nicht, heißt ja, an die Zwischenzeit. Sofortige Entfernung aller Waffeninstrumente, die ein Überbleibsel des Mittelalters sind, und die Gewalt des Gesetztes in verhältnißlicher Weise unterzubringen. Wir fordern sofortige Entfernung und raschste Abwendung des Untersuchungsverfahrens, unverhältnißige Verhöhnlichkeit des Polizeiamtes. Wir Arbeiter und Arbeitnehmer fordern, daß der Genoss Radek in einer auch dem politischen Segen zustehenden gesetzmäßigen Act und Weise behandelt wird, wie es sich dem Ende in einer revolutionären Epoche gesetzt. Wir sehen Hand in Hand mit unseren russischen Brüdern, grüßt zusammen im Kampfe gegen die Reaction, und bewundern Ihren Mut und Ihre Kraft. Dacum fordern wir Rechenschaft für jedes Unrecht, das dem Genossen Radek zugefügt wird, das schon Kontakt mit der russischen Sowjetrepublik heraufbeschwört. Das gleiche fordern wir hier für unsere Brüder, die im Gefängnis gemacht, für eine Tat, zu der sie von der eigenen sozialistischen Regierung gezwungen worden sind, wie vor kurzem der Polizeipräsident Eugen Ernst zugab.

Die stark besuchte Versammlung war von den Mehrheitssocialistischen überzeugt worden. Die zehn Stimmen stammten von Ihnen.

Mehrheitssocialisten als Polizeiagenten.

In vielen Orten hat sich aus beschlagnahmten Akten der Polizeibehörden der Beweis für die schon früher bekannte Tatsache ergibt, daß Mehrheitssocialisten Spioneinst leisteten. Diese infame Verächtigung hat aber seit den Novemberberichten einschlägig aufgeworfen. Die bekannte zünftige Wirkung fand uns

einen Platz Dokumente auf den Tisch, denen wir folgendes entnehmen:

Am 10. Januar legt ein Polizeirevier in Berlin-Schöneberg ein Urteilstück an, wonach keine Mitteilung des Schöneberger Soldatenrats (!) die Genossin I. in lebhaftem Verkehr mit der Borschiwi-Partei in Russland stehe, viele Anhänger empfange und auch häufig aufregende Reden führe; die Regierung habe vom Soldatenrat Kenntnis erhalten.

Die Kandidatin der Mehrheitssocialisten für die Stadtvertretungswahlen, Lehrerin Frau Editha Kleiststraße 18, teilte dem Polizeirevier — wie es wörtlich heißt — „vertraulich“ mit, daß die I. in enger Verbindung mit der Rosa Luxemburg stehe. Außerdem habe sie enge Verbindung mit Russland. Durch Schriften soll eine umfangreiche Propaganda getrieben werden. Die mehrheitssocialistische Lehrerin und Kandidatin hat denn am gleichen Abend der Polizei telefonisch mitgeteilt, daß Genossin I. sich „bereits zur Flucht rüste und die Fluchtnahme dringend geboten sei“. Ferner verriet die Denunziantin darauf, daß auch ein Fräulein Helene Dittmann, Meiereistraße 82, sowie eine Lehrerin B. und eine Frau M. weitere Angaben machen könnten. Die Bischauerin Helene Ottmann, ebenfalls Mehrheitssocialistin, die sich ihrer Bekanntschaft mit Heine, David und Rosse rühmt, hat dann in der Tat — natürlich größtenteils erlogen — Angaben gemacht.

Schließlich hat noch ein Herr Bergmann, Berlin-Nord, Klosterstraße 1 partizipiert, es für nötig gehalten, Genossin I. wegen „bolschewistischer Umtriebe“ zu denunzieren.

Genossin I. hat daraufhin wiederholte Ausschreibungen gehabt und sich nur mit Mühe der Verhaftung durch häufigen Aufenthaltswechsel entziehen können. Der Richterliche Haftbefehl ist injektiv auszügeln und das eingeleitete Vorverfahren nach persönlicher Übereinkunft mit der Staatsanwaltschaft endfällig eingestellt worden.

Der Mehrheitssocialist aber gratulieren wir aufrechtig zu ihrer Agitatorin und Kandidatin für die Gemeindewahlen, Lehrerin Sobotta!

Aus den Räumen der Partei.

Ulmernberg protestiert gegen die weißen Garder.

Die Krähen der Ulmer Bürger Garnison veranstalteten unter Vorantritt einer Mußtabelle einen Demonstrationzug gegen die Aktion des vom bayerischen Ministerpräsidenten angeordneten Heimattschusses. Auf dem Hauptmarkt wurden Ansprüche gehalten, in denen die Bildung als „weiße Garde“ und „Gegenrevolution“ bezeichnet wurde. Unter Schreien auf die „sozialistische Republik“, „Es lebe die zweite Revolution“, läutete sich der Zug auf.

Arbeiterräte und Einigung.

Die U. S. P. hoffen, daß ihre feige Konkurrenzformel: „Vollzurichtung ehe zu und mit Altersheim“ die Plattform werde für die Einigung des Proletariats. Über die Partei und Gewerkschaftsbürokratie der Scheidemänner, wie auch die Masse der Arbeiterschaft selbst, denkt nicht daran, auf diese faulen Phrasen hereinzufallen. Der Bürgerstand der Masse möchte wohl solche Verschleierungen und Halbwahrheiten der Führer, die jeden lebendigen Zusammenhang mit dem Wollen und Streben der Proletarier verloren haben. Das beweist ein uns zugegangener Brief eines Dreher von Schwabelföpp. Er wendet sich in ihm schärf gegen den Genossen Metz, der in der „Freiheit“ die Arbeiterräte nicht dazu benutzt, die Diktatur des Proletariats durchzuführen, sondern um die verwischte Einigungsparole der U. S. P. an den Mann zu bringen.

Der Genoss schreibt:

„Der Dreher Metz empfiehlt die Einigung der Proletarier. Ganz gut, ich empfehle es auch, und auf welcher Grundlage kann und wird sich diese Einigung vollziehen? Die Einigung kann sich nur unter den Proletariern unter dem Namen einer Partei vollziehen, welche ein maßiges und stellares Programm auf ihrer Fahne zu führen hat. Auch zur solchen Arbeiterräte werden das Vorsteher der Proletarier genetzen, welche sie selbst und ohne zu hinzuhören mit dem Unternehmer die Forderungen und Ziele der Arbeiter vertreten und leidenschaftlich durchsetzen werden. Der Dreher Metz verläuft die sozialistische und verehrte Hoffnung der Proletarier durch großen Wortschatz von abhängigen Systemen und Urtümern zusätzlicherweise, wie es in der hörerlichen Sprache auch genug geschieht. Er verläuft hiermit die wirkliche Schuld an dem Verlust der Gründlichkeit des R. Monatsbericht von den märrigen Schuldrägen abzuschütten. Nun, diese Schuld läuft sich nicht mehr abzuholen. Wie können und als Proletarier nicht mehr unter die Schrift sozialer Führer stehen, welche durch Kurzschluß, Sicherheit und Sauberkeit, Halsfreiheit und Eigenständigkeit die Interessen des Proletariats so schwer schädigt und verachtet haben, wie selbst die Sicherheitspolizei? Da nun die Sicherheitspolizei und die von den Führern mitverschuldeten Notlage die Proletarier zu neuer Revolution, zu neuem Kampf um Freiheit und Rechte anstreben werden, so wird auch das Proletariat müssen, unter welcher Flutze es den Kampf führen wird und muss. Es wird denen der Halbwahrheiten und Schwärmen, denen der Neugier und Skepsis entgegenzutreten. „Sinaus“ aus unserm Maister, wie brauchen keine Polizeikräfte, wie brauchen keine Polizeidienstler, wie brauchen entlassene Männer der Tot, welche mit der Tat zufallen, daß sie gewillt sind, die Interessen des Proletariats zu verteidigen und um jeden Preis zu erlangen! Nicht durch Verhandlungen, nicht durch Beschimpfungstaktik, sondern durch unerschrockenes Zugehen und Festhalten der Gründlichkeit des Proletariats ist es möglich, die zerstörten sozialen Verhältnisse zu beseitigen und zu schaffen.

Dann ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich der Partei anschließt, die ein stellares Programm hat, und die bisher den gerade Weg des Kommunismus gekauert ist und auf dem Boden der Weltrevolution steht, und es ist unbedingt notwendig, daß wir das Räte-System im Sinne des Kommunistischen Programms ausbauen, dann wird eine erstaunliche Arbeit und ein Gedanke des Proletariats in seiner Einigkeit aufzukommen. Es kann auch nur eins geben, eine Partei, welche mit den Scheidemännern kooptiert und somit an der Vertreterung der Arbeiterschaft mitshilft, kann sich nur als Anhänger der Mehrheit fühlen und soll sich offen dazu bekennen. Die Tatsat hat es bisher bewiesen. In der Nationalversammlung führen die sozialistischen Geister und zählen in dem Kreis. Die Zeit wird kommen, wo die Proletarier das Zwischenreich zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten hinwegsezgen werden, wenn sich zeigen, was für ein Häuslein von der U. S. P. über sie blieben wird, von den großen Scharen bettet, die in ihrer Dummheit die Wollstätter der Halbwahrheiten, Nacheiten und Freigkeiten in der U. S. P. milde gemacht haben.“

Der Weg, der allein zu der von dem Reichsgericht entschiedenen proklamierten Polizei und zur zentralistischen Verfolgung der Räte führt, ist ihre Meinung von allen Vertretern des Proletariats und allen Einheitsdeutzen, den Scheidemännern und Hasseldeutzen. Die Genossen müssen überall Betriebsversammlungen einberufen, in ihnen unsere Ideen verbreiten und die Wahl von Anhängern der Kommunistischen Partei in die Betriebs- und Arbeiterräte durchsetzen. Die Einigung des Proletariats ergibt sich in schwerer reiner revolutionärer Ewigkeit.

Aus der Partei.

Magdeburg.

Am 13. Februar veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der U. S. P. eine Generalversammlung, welche sich mit der Frage des Parteitags und der bevorstehenden Kommunalwahlen beschäftigen sollte. Es lag folgender Antrag vor:

Der Parteitag wolle beschließen, geschlossen zur Kommunistischen Partei überzutreten. Es entwickelten sich lebhafte Debatten, welche sich vor allem mit Borschiwi-Partei, Demokraten und Diktatur beschäftigten. Aus der Diskussion ergab sich, daß der größte Teil der Anwesenden auf dem Boden der Diktatur stand. Kurz vor der Abstimmung des ersten Antrages wurde nun von einem Genossen der U. S. P. ein weiterer Antrag eingereicht, der die sofortige Trennung in der Ortsgruppe Magdeburg forderte.

Der erste Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antragsteller forderte die Abstimmung über den anderen Antrag vor der Delegiertenwahl. Die Folge davon war eine umfangreiche Geschäftsführungsdebatte, in der plötzlich die Parole aufgegeben wurde: Wenn heute die Versammlung beschließt, zur R. P. überzutreten, so gründen wir morgen eine neue Ortsgruppe der U. S. P. Das war das Signal zur Entscheidung. Ein Genosse forderte alle Kommunisten auf, den Saal zu verlassen und die Mehrheit der Versammlung folgte ihm. Das ist der Erfolg der Januarpolitik der Unabhängigen!

Gesetzesänderungen

Für die „Miete Fahne“ aus dem Reihe sind nicht mehr auf das Postamtseins Otto Düoro 46/47 Berlin zu leisten, sondern bis auf weiteres an den Verlag der „Miete Fahne“, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 114 II zu senden.

Der Streit in den Löden und Kontoren.

Was vor dem Kriege noch ein lächerlicher Gedanke war, was als unmöglich schien, nämlich ein großer Streit der Angestellten in den Löden und Kontoren, ist zur Tat geworden. Die Ausklärung dieser Arbeiterschaft ist mit Misshandlungen vor sich gegangen. Noch im Jahre 1911 ließ sich die Masse der kontrollierenden und technischen Angestellten einreden, daß sie keine Proletarier seien, daß sie zum Mittelstand gehörten. Und um hier auch ein äußerliches Kennzeichen zu schaffen, wurde damals das Versicherungsgesetz für Angestellte erlassen. Allein, durch dieses Gesetz erreichten seine Macher genau das Gegenteil von dem, was sie wollten. Die Leistungen dieses Gesetzes, zu dem keinerlei Rechtszulage gewährt wird, sind jämmerlich gering, die Beiträge sehr hoch. In der Praxis wirkt das Gesetz wie eine gewaltsame Fürtung der ohnehin sehr geringen Löhne.

Was vor dem Kriege glaubte der Angestellte zu erreichen, nicht nur etwas höheres als der Arbeiter zu sein, sondern fühlte sich demgemäß auch verpflichtet, non den wirtschaftlichen Komplikationen abzusuchen, die die Arbeiter anwendeten. Während des Krieges ward es anders. Nur selben Zeit, in der die Gewerkschaftsführer den Arbeitern predigten, der Burgfrieden sei nötig, wurden die Handlungsfähigkeiten und Techniken der wirtschaftlichen Betriebe und sonstigen Offiziere, die auf jeden Wink der Unternehmer bereit waren, mißliebige Angestellte in den Schuppen zu schicken. Das in den Kontoren beschäftigte Personal gewann vermöge der Arbeiter Beschäftigung im Betriebe besserer Einblick als die Arbeiter, wie solche Dinge geschoben wurden. Das Kaufmännische Personal in den Waren und in der Industrie konnte auch leichter als die Arbeiter kontrollieren, welche ungeheure Profite das Unternehmertum machte. Nicht es ferner nicht nur das Betriebspersonal austreiben würden, wenn die auf den Lagerzügen befindlichen, von Friedenszeiten her mit verhältnismäßig niedrigen Preisen ausgesetzten Waren während des Krieges an doppelter und dreifacher und noch höheren Preisen verkauft wurden? Durch die Ausnutzung solcher Waren sind riesige Etablierungskosten gemacht worden. Unter solchen Umständen können die Währungen und Drohungen der Oberklasse auch genug gelingen. Er verläuft hiermit die wirkliche Schuld an dem Verlust der Gründlichkeit des R. Monatsbericht von den märrigen Schuldrägen abzuschütten. Nun, diese Schuld läuft sich nicht mehr abzuholen. Wie können und als Proletarier nicht mehr unter die Schrift sozialer Führer stehen, welche durch Kurzschluß, Sicherheit und Sauberkeit, Halsfreiheit und Eigenständigkeit die Interessen des Proletariats so schwer schädigt und verachtet haben, wie selbst die Sicherheitspolizei?

Die Versammlung beschließt, die Angestellten der Waren sind mit der Kriegsregierung höchst unzufrieden, weil diese keinerlei Anstalten zur Sozialisierung der Wirtschaft macht, sondern den Kontrollen der Borschiwi-Partei das Privileg zur Ausplünderei des Volkes und zur Unterdrückung ihrer Angestellten verlängert. Die Verschrobenen der Warenbeamten sind nichts mehr; das Unternehmertum gleicht noch, sich damit helfen zu können, daß es jeden Angestellten, der sich nicht willig duldet, bei seinen Kollegen als Borschiwi-Partei und Spartakisten denunziert. Über das Läßt auch nicht lange vor.

Die Berliner Wiedergabe ist ungenau und falsch. Sie fordern gegen jetzt. Den Gewerkschaften wäre es ein leichtes, die Forderungen zu verwilligen; sie können sich nicht mit Ausflüchten austzen, daß sie unter hohen Rohstoffpreisen zu leiden hätten. Einige Gewerkschaften haben bereits bewilligt, die anderen glauben, ihre Diktatur aufrecht erhalten zu können, daß sie allein, d. h. ohne die Angestellten, über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bestimmen haben.

Noch wichtiger ist der Streit der Berliner Warenhäuser, ange stellt, weil hier die Zahl der Beteiligten viel größer ist und etwa 40 000–50 000 Handlungsfähigkeiten und Hilfsarbeiter beträgt. Einen unanständlichen Eindruck macht es auf die Handlungsfähigkeiten machen, daß die Arbeiterschaft der Borschiwi-Partei und der Tausendfüßer am ersten Streiktag Widerstand vor den Warenhäusern zu vertreiben!

Samstag, „Ausschreitungen beim Warenhaus-System“ wird uns vom Charlottenburger Streitbüro geschildert:

Am Samstagabend vermittelte sie in unserem Streitbüro von Seiten anderer Gewerkschaften die Meldung ein, daß das Streitbüro und Handlungsfähigkeit von A. Ruth (Firm.: Arnold und Walter Ruth), Tausendfüßer, 4, keinen Verkaufsraum mehr offenhält. Wir sandten sofort drei Warnung mit dem Auftrag, der Firmen höchst nahe zu leben, ihren Laden zu schließen. Keinen betrat der erste Kollege das Geschäft — er hatte noch nicht gehandelt und gehandelt — als ihm ein Geschäftshaber an die Rechte stieg und ihn zu folgen versuchte. Nur dem sofortigen Einschreiten der beiden anderen Kollegen, die nach ihm den Raum betrat, ist es zu verdanken, wenn nichts Ernstliches geschehen ist.

Auf nicht wie sind es, die deutliche Szenen herausfordern, sondern die Unternehmer, die die bürgerliche Presse mit ihren entstellten Berichten hinter sich haben.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Buchdrucker

Herrn am Sonntag eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war, obwohl der Saalvorsitz des Buchdruckerverbandes es für notwendig gehalten hatte, eine Erklärung im "Vorwärts" anzugeben, daß er sie nicht einberufen habe. Nach dem Referat des Genossen Lange über Arbeitertreite und Tarifverträge und einer lebhaften Diskussion wurde nachfolgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

"Die am 16. Februar in der Unionsbrauerei zahlreich abgehaltene Buchdruckerversammlung, einsetzen von Mitgliedern des K. D. A. hält die Institution der Arbeitertrete für unerlässlich notwendig, um eine Zusammenfassung der gesamten werktätigen Klasse zwecks sozialisierender Bestrebungen zu gewinnen. Sie verteidigt den Standpunkt, daß die Gewerkschaften, im engeren Sinne der Buchdrucker-Verband, die Interessen der Mitglieder nicht in ausgiebiger Weise aus eigener Initiative gefordert haben, so daß die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung nur durch die eigene revolutionäre Einflussnahme in etwas gebessert ist. Sie erkennt, daß durch Tarifverträge allein durchgreifende Verbesserungen für die arbeitende Klasse nicht erreicht werden können. Neben der Erteilung der politischen Freiheit in der Kampf zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Klasse solange fortzuführen, bis die Gesellschaft die Trägerin der Produktionsmittel d. h. des Wirtschaftsprozesses gemorden ist und als solche für die Interessen der Gemeindel eintrete. Der Streik ist somit auch für diese zur Sicherung der Revolution in Erteilung zu ziehen."

Die Versammelten geloben, innerhalb ihrer Gemeinschaft dafür zu streben, daß die Mitglieder mehr denn je ihren Willen als oberstes Gesetz der Demokratie durchsetzen. Organisations- und Tarifangelegenheiten durch einwohnerfreien Mehrheitsbeschluß regeln. Jedwede Vorstandsbürokratie wird aus entschiedenste zurückgewiesen."

Eine weitere ebenfalls angenommene Entschließung besagt:

"Die Versammlung verlangt von dem Saardorstand die Einberufung einer allgemeinen öffentlichen Buchdruckerversammlung. Sie weiß entweder zurück, daß die deutsche Buchdruckerarbeitsgemeinschaft zur Grundlage für die Arbeitsvertretungen auf rechtsgerichtlicher Basis kommen wird."

Die Versammlung protestiert gegen den Erfolg der preußischen Staatsregierung über den Arbeitswangen, da insbesondere die Buchdrucker am meisten darunter zu leiden haben."

Es wurde eine Kommission von 7 Mann zur Durchführung der Beschlüsse gewählt.

Die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst stellten am Freitag eine Versammlung ab, weil ihnen die geforderten Lohnzulagen nicht bewilligt worden sind. Es wurde beschlossen:

Die Versammlung bedauert auf das tiefste, daß die bescheidenen und durchaus berechtigten Forderungen der Angestellten sämtlicher Kriegsorganisationen Groß-Berlins von den Reichsämtern abgelehnt worden sind. Sie spricht ihre Entrüstung über das herausfordernde und befriedigende Verhalten einzelner Direktionsmitglieder der Verhandlungskommission aus.

Die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst bedankten sich bei ihren Angestelltenrat, sofort, im Unternehmen mit dem Arbeitsausschuß der Kriegsgesellschaften, das Einigungssamt bzw. den Schlafungsabauschung zur Erreichung aufzurufen.

Sollte dieses lege Verhandlungsmittel versagen, so erklären die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst schon heute, daß - sofern die Angestellten der anderen Kriegsgesellschaften zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel großer Durchführung ihrer Forderungen greifen - auch sie sich mit diesem Vorgehen solidarisch erfüllt würden."

A. C. G.-Turbinenfabrik, Moabit.

Im diesem Betriebe wurde am 14. Februar ein Antrag gestellt, der ungefähr lautete:

Arbeiter, welche gewillt sind, freiwillig einer militärischen Katastrophen-Kommission beizutreten, können dazu im Einverständnis mit ihrer vorgesetzten Dienststelle berufen werden. Sie erhalten dafür eine monatliche Entschädigung von 40 Mark. Ihr Sohn Kind einer solche von 8 Mark.

Dazu haben die Unternehmer also Geld!

Mansfelder Kapferschmiede haunende Gewerkschaft.

Nach Meldungen bürgerlicher Männer hat der dortige K. und S. Mat zwangsweise die Wahl von Beauftragten vornehmen lassen, um dadurch die sofortige Sozialisierung der Betriebe zu erzielen. Darauf setzte die Beamten in den Streik gerieten, so daß der Bouleuschatz stillgelegt.

Aus Groß-Berlin.

Neue Taten der Ordnungshelden.

Seit der Spartakuswoche erfreut sich unser verdienter Helden Dr. Schäfer in Schöneberg der liebhaberischen Aufmerksamkeit der Weißgardisten. Schöneberger Bürgermeister und Garde-Kavallerie-Brigaden-Division belästigen ihn dauernd mit Haussuchungen und Verhaftungen. Am 21. Januar haben mehrere der Offiziere uniformierte Weißgardisten mit Hilfe eines Schlossers das Waren- und Goldwarengeschäft des Genossen R. in Groß-Schöneberg heimgesucht. Bei dem Ordnungstreffen wurde das Geschäftsein geplündert, und das Gold zunächst beschlagnahmt, aber wieder freigegeben. Dafür nahmen die Herren die aus Papier und sortierten Münzen bestehende Lagerkasse von 300—600 Mark unter dem Vorwand mit, es stamme aus einer Zollersammlung. Ein selbstsames Rechtslandpunkt. Weiter verschwanden eine Tula-Damen-Armbanduhr, sowie eine schwere, lange, 588 gestempelte Damenuhrkette mit einem Schieber und einem Brillanten. Die Frau des Genossen R. wurde mit Handgranaten bedroht, damit sie den Innenraum ihres Mannes angebe.

Wehrhaft wurde Genosse R. dann bespielt und am 11. Februar in den willkürlichen Weise verhaftet. Die Offiziere, die schon am 21. Januar "gehauensucht" hatten, erschienen an diesem Tage wieder, um R. festzunehmen. Einer der Herren wies auf Verlangen eines der Kommandantur ausgestellten mit Photographie versehenen Ausweises auf den Namen Paul Lange hin, vor, der andere die Messing-Blechmarke eines Kriminalbeamten R. wurde in ein Automobil gepackt und sofort nach dem Untersuchungsgesetz am Moabit gebracht. Dort lehnte man die Aufnahme R. zunächst ab, dann aber auf Betreiben des ihm begleitenden Offiziers trotz des Gehens eines Haftbefehls in Schutzhaft genommen. Während am Abend der Aufnahme R. angemessen behandelt worden war, wurde er am nächsten Morgen grösstlich mishandelt. Ein Gefängnisbeamter fragte R. nach dem Grund der Verhaftung und seiner Personalien. Auf die erste Frage konnte, auf die zweite fragte wollte er keine Antwort geben. Darauf schlug ihn der Beamte mit der Faust ins Gesicht. Ein zweiter hinzugekommener Beamter beteiligte sich an den Misshandlungen, wobei er durch Quetschen der Nase, Geißelhiebe auf den

Genossen und ins Gesicht den Genossen R. erheblich verletzte. Der von R. verdeckten Gefängnisinspektor und der Herr Gefängnisarzt Dr. St. a. g. forderten das Verhalten der Beamten erheblich. Aber das und damit den Befehl, nicht etwa die tosenden Beamten, sondern Genossen R. in die Zellschlafzelle im Keller zu bringen, was auch unter weiteren Misshandlungen und Beschimpfungen geschah. Darauf ließ man den geschlagenen, blutenden, erschöpften Genossen einschließen. Am Nachmittag wurde er dann aus der Zelle und zugleich aus dem Gefängnis entlassen, ohne einem Richter vorgeführt zu sein, oder den Grund seiner Verhaftung erfahren zu haben.

Inzwischen hatten am Vormittag sich einige Offiziere der Kommandantur in Büros unter Mühe einer sogenannten händeraffassierter Stahlhelmlinie gehabt, eine an der Wand in der Küche befindliche Rastenklappe losgerissen, und, wie das bei den Herren zur lieben Gewohnheit geworden ist, gleich samt einigen Einmachgefäßen verschlagen.

"Spartakus mordet, räubt, plündert!" nicht wahr? Aber sind aus Versehen doch die Kunden?

Ein Arbeitslosenrat in Schöneberg.

Eine Versammlung von Arbeitslosen in Schöneberg wählte am 12. Februar einen Arbeitsrat der Arbeitslosen in Schöneberg, dem entsprechend der Zahl der Arbeitslosen — auf 1000 Arbeitslose ein Mitglied — 6 Personen angehören: Herschuk, Spiegelberg, Roth, Bendel, Schäfer, Haas. Es wird und berichtet:

Dieser Arbeitsrat der Arbeitslosen ist nicht als Funktionär irgendwelcher parteipolitischer Absichten gedacht, sondern als Körper, der die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitslosen sämtlicher Stände wahrgenommen versteht, allerdings vom Standpunkt proletarischen Klasseninteresses aus. Allgemein handt in der Regel gegen Aussprache die Überzeugung Ausdruck, daß der Arbeitslose nicht "Arbeitsheuer", wie ein Teil der alten moralischen und ökonomischen Einsichten batte Rechte zu behaupten sich erdreistet, sei, sondern daß er Produkt, ja Bedingnis kapitalistischer Wirtschaftswelt ist, einer Wirtschaftswelt, die zu allen Zeiten eine industrielle Reservearmee hervorbrachte, die aber auch zu allen Zeiten sich der Verpflichtung zu entziehen wußte, für die unglaublichen Angehörigen dieser arbeitslosen Gesellschaftslinie zu sorgen. Die Erregung der Versammlung über die stumpfe Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber den menschlichen Rechten und politischen Forderungen jener proletarischen Schicht, die die Härten des heutigen Wirtschaftssystems am drückendsten empfindet, wurde nicht gerade gedämpft durch das Verkünden vom Verhalten des "Vorwärts", der sich geweckt hatte, ein Interesse aufzunehmen, das zur Bildung eines Arbeitslosenrates aufforderte, und sie fand ihren Ausdruck in einer Protestresolution gegen die Regierung und die politischen Praktiken der sozialdemokratischen Mehrheitspartei.

Der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und ehem. Kriegsteilnehmer, Bezirk 2 (Osten) hielt am Donnerstag eine gut besuchte Versammlung im "Treitschky" ab. Unter anderem referierte Kamerad Willi über die verdammungswürdige Kriegspolitik der sozialistischen Regierung, er wies darauf hin, daß zur Anwerbung von neuen Truppen, deren reaktionären Wirken jeder sozialistischen Politik Hohn spreche, Gelder zur Verfügung da wären, für die wirtschaftliche Zusammensetzung der Kriegsbeschädigten aber nicht einzusehen werden.

Die heute im "Treitschky" tagende Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer, Bezirk 2 (Osten), protestiert auf das energischste gegen die Mobilisierungsmaßnahmen der Regierung, die die größte Gefahr für Heraufbrechung eines neuen Krieges in sich bergen, der unter schon so schwer geprüftem Volk in noch größeres Elend stürzen würde. Sie fordert die sofortige Zurückziehung der Truppen von der Ostfront, schleunigste Ablösung derselben und Schließung der Grenzfesteselten auf friedlichem Wege. Ferner protestiert s. gegen das probostende Verhalten der Regierung, die sich nicht scheut, selbst das eigene Volk unschuldig hinzumorden und verlangt die sofortige Auflösung der weißen Garde und Schaffung einer republikanischen Volkswehr.

Am Mittwoch hatte eine andere Versammlung getagt, in der beschlossen wurde:

Die am 12. Februar tagende, von etwa tausend Kameraden besuchte Versammlung der in der Artilleriewerkstatt Nord, Spandau, beschädigten Kriegsbeschädigten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das neu entstehende Rorden im Osten und wenden sich gegen das Antwerben der Freiwilligen-Regimenter für den sogenannten Ostkrieg. Sie bei der Reinhard-Garde kämpfenden Truppen, welche als Beschädigte heimkehren, haben ihr Krüppelumfeld selber verschuldet und dürfen von der Organisation der Kriegsbeschädigten nicht aufgenommen werden. Die Versammlung verurteilt das Verhalten des Bundesvorstandes Autner auf schärfste und fordert seinen sofortigen Rücktritt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer ist eine Gründung des Vorwärtsredakteurs Autner und verschiedener Gewerkschaftsführer. Diese hatten ihn während des Krieges gegründet, um die Kriegsbegeisterung der im Felde befindlichen Soldaten zu schwächen. Die Kämpfer sagten in Berlin und hatten sich vom Heeresdienst entlassnen lassen. Nun sind die vielen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten zurück, nun gehen ihnen die Augen auf über den Kriegsheer Autner.

Autner hat inzwischen mit anderen die neue Gründung "Volkswehr" gegründet, um durch sie die in Uniform befindlichen Proletarier auch weiterhin zu beschwirbeln.

Lebensmittel.

Berlin. Umtausch von Fleischkarten gegen Bezugsscheine auf Fleisch oder Gruppen. Alle Berliner Einwohner, die sich auf die Bekanntmachung vom 10. Oktober 1918 zwecks Umtausch ihrer Fleischkarten bei ihrer Preiskommission zur Eintragung in die Liste gemeldet haben oder nachträglich vom Magistrat Umtausch für Fleischversorgung zum Umtausch zugelassen worden sind, können die auf Zeit vom 17. Februar bis 16. März 1919 ausgefüllten Fleischkarten in der Zeit vom 17. bis 19. Februar bei der zuständigen Preiskommission umtauschen. Für eine Voll-Fleischkarte wird ein Bezugsschein auf wöchentlich 300 Gramm Fleisch oder Gruppen ausgetauscht. Ein Kinderschlachtkarte ein solcher auf wöchentlich 150 Gramm Fleisch oder Gruppen ausgetauscht. Ein Antrag auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. — Die Ware kann in den 93 in den einzelnen Stadtteilen gelegenen, durch Anhang kennlich gemacht Verkaufsstellen gegen Abgabe des für die betreffende Woche gültigen Bezugsscheinrechtschafts gelöst werden. — Wer ohne Verschulden (z. B. infolge Krankheit oder Abwesenheit) verhindert wird, rechtzeitig bei der Preiskommission zur Eintragung zu melden, kann den Umtausch in der Zeit vom 17. bis 19. Februar 1919 von 8 bis 1 Uhr im Bureau der Abteilung für Fleischversorgung, Neue Friedrichstraße 1, Zimmer 7, bewirken. Die Umstände, die die rechtzeitige Anmeldung verhindert haben und glaubhaft zu machen. Ein zweites gilt für Personen, die nachträglich zugezogen.

Umtausch für 40 Mark, auf Abschnitt 26: 150 Gramm Wurstgeschnitte für 15 Pfg. (300 Gramm Gruppen für 20 Pfg. und 500 Gramm für 40 Pfg.) und auf die Abschnitte 27 und 28 der "J. Jugendlicheklasse zusammen 200 Gramm Salzspeisen (siehe) für 25 Pfg. Die Inhaber der Lebensmittelkarten haben in der Zeit vom Montag, den 17., bis einschl. Mittwoch, den 19. Februar 1919 die Voranmeldung bei dem Fleinhdandler, bei dem sie in die Kundenliste eingetragen sind, zu bewirken. Vom Sonnabend, den 22., bis einschl. Dienstag, den 23. Februar 1919, findet die Abgabe an die Kundenschaft gegen Vorlegung der Lebensmittel- und "J. J."-Karten, aus denen vom Fleinhdandler die aufgerufenen Empfangsabschnitte abzutrennen sind, statt.

Streitbeilegung in Einhard-Weltblechdosen wird durch die Fleinhdandler ausgegeben. Die Dose kostet 6 Pfennig. Zum Preismarktpreis in Gele ist bei den Fleinhdandlern noch zu haben.

Wilmersdorf. Vom 17. bis 23. Februar: Fortsetzung des Verkaufs von Fleischwaren, den marktreinem Weltblechsauswahl, bis 20. Februar von ½ Dose (1 Pf. brutto) Wurst-Brotwurstsalat in den zu der Wilmersdorf Preiskommission 1 gehörenden Verkaufsstellen und von 250 Gramm Kämmelde auf Abschnitt 93 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, bis 28. Februar von 1 Brötchen Essstäbchen, bis 17. Februar Voranmeldung auf 1 Pfund Nährmittel auf Abschnitt 8 der blauen Zusatz-Nährmittelkarte A 1, A 2, B 1, B 2, C 1 und C 2 für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahr. — Neuauflage von 250 Gramm Kämmelde auf Abschnitt 99 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Verkauf von 4 Pfund Kartoffeln und 1 Pf. aus der Vorratsmenge. Bis einschl. Mittwoch, den 19. Februar, Eintragungen in die neuen Kartoffel-Kundenlisten. Veräußerung der Anmeldefrist hat den Ausschluß vom Kartoffelpreis bis auf weiteres zur Folge.

Quittung.

Gesammelt von Eisenbahnen für die Hinterbliebenen des Vermiessstandes Mark 60,—; A. L. Mark 40,—.

Für den Kampfond erhalten: Vom 4. Bezirk: 202,93 M. — Vom 12. Bezirk: 42.— M.

Überschuss der Truppenversammlung in der Artilleriewerkstatt der Artilleriemerkstatt Nord-Spandau in den Pharusfällen für die Opfer der Januartsche 11. —

Von Soldaten, die nicht auf dem Boden der Kommunistischen Partei stehen, gesammelt zur Aufdeckung des Mordes an Biehne und Siegemburg 88,50 Mark.

Versammlungskalender.

15. Bezirk. Reinickendorf-Ost. Die Genossen treffen sich jeden Abend 6 Uhr im Lokal zur Gießkanne, Waldfrieder Allee 39, zur Flugblattverbreitung.

Montag, den 17. Februar:

Freie Jugend Südbö. Montag, den 17. Februar, 7 Uhr abends, im 20. von Tösse, Reinickendorfer Straße 146: Diskussionsabend.

4. Bezirk Wedding und Gesundbrunnen. Gruppe 2 trifft sich jeden Montag um Mittwoch bei Stoll, Nordufer 7.

12. Bezirk Schöneberg. Am Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, Mittwocherversammlung bei Berg, Neutiglitz 18.

Vortrag: Die politische Situation.

Bezirk 6. Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung im Restaurant Prälaten, Leibnizstraße (Ecke Berliner Allee). Tagessordnung: Revolution oder Reaktion. Hierzu Aussprache.

Tempo-Werkstatt. Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal "Stadt Dresden", Tempelhof, Berliner Straße 78.

Dienstag, den 18. Februar:

Freie Jugend Südbö. Dienstag, den 18. Februar, findet im Lokal Wiltz, Gneisenaustr. 66, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Danach Vortrag.

Arbeitslosenversammlung in Weißensee am Dienstag, den 18. Februar, mittags 1 Uhr, im Borsussia-Haus, Berliner Allee. Vortrag: Die wirtschaftliche Lage.

3. Bezirk Moabit. Am Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr, öffentliche Kranenversammlung in der Knicke des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, Bochumerstr. 8. Vortrag: Die Frauen und der Kommunismus.

Jugend Gefundbrunnen. Zu der am Dienstag, den 18. Februar, im Lokal von Wils, Schulstraße Ecke Christianstraße, stattfindenden Gründungsversammlung der "Freien Jugend" sind alle Jugendlichen herzlich eingeladen.

1. Bezirk (Zentrum). Abends 6½ Uhr bei Michael, Südenstraße 12. Mitgliederversammlung bei Borchert, Stettiner Str. 12. Zusammenkunft am Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, bei Derfel, Wittenstraße, Ecke Frankfurter Straße.

Freie Jugend Rathenow. Jeden Mittwoch 8 Uhr bei Melchior, Schellendorferstraße. Zusammenkunft.

16. Bezirk (Lichtenberg). Die nächste Fortsetzung des Arbeitskonskretus findet nicht am Montag, sondern am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt.

6. Bezirk. Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, Künftige Abstimmung (einfachstes Propagandaauschiff) im Prälaten, Weißensee, Weißensee 34. Mitgliederversammlung. Vortrag: Die politische Situation.

6. Bezirk. Dienstag, den 19. Februar, mittags 1 Uhr, in der Vorwärts, Weißensee 11. Vortrag: Die wirtschaftliche Lage.

1. Bezirk. Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, im Borsussia-Haus, Borsussiastr. 11. Vortrag: Kommunismus und Gemeindearbeit.

</div